

# **Verband der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie**

## ***Betuwe – so nicht! sondern besser!***

18. Januar 2017

Sprecher (u.a.)  
Gert Bork ☎ 0281-64355  
Axel Pansegrau ☎ 02857-1537  
Achim Schmitz ☎ 02822-80693  
Hans-Jürgen Wernicke ☎ 02828-314

admin@betuwe-niederrhein.de

www.betuwe-niederrhein.de  
www.betuwe-gefahr.de

## **Offizieller Baubeginn der Ausbaustrecke Emmerich-Oberhausen**

### **Stellungnahme der Bürgerinitiativen zum Festakt am 20. Januar 2017**

- Forderung nach Einhaltung öffentlicher Versprechen
- Akzeptanz nur mit gerechter Kostenverteilung und Lärmschutz wie in Baden-Württemberg

Erstaunlicherweise wurden auch Vertreter der Bürgerinitiativen zum Festakt eingeladen. Wir sind natürlich wegen des Lärmschutzes für den Ausbau der Infrastruktur, allerdings nicht so, wie es die Deutsche Bahn AG vorsieht.

Angesichts der heftigen Anschuldigungen, wir Bürgerinitiativen seien an den Verzögerungen des Ausbaus schuld oder der Diffamierung der Lärmschutzfordernden als Gartenzwerge, Arbeitsplatzvernichter und Wirtschaftsfeinde, denen Stillstand genug Tempo wäre\*, müssen wir noch einmal ganz deutlich klar stellen:

Ursachen der Verzögerungen liegen bei der Deutschen Bahn AG und den Bundesministerien, es fehlt Geld und der politische Wille für zeitgemäße, sachgerechte Lösungen nach Stand der Technik und gerechte Lastenverteilung. Die Verfahrensdurchführung durch die Bezirksregierung Düsseldorf wird nach unserem Verständnis nicht neutral nach den gesetzlichen Vorgaben durchgeführt, sondern parteilich zugunsten der Deutschen Bahn AG, wie die Erörterungstermine in Wesel, Hamminkeln und Voerde dokumentieren. Aus unserer Sicht kommt die Bezirksregierung ihrem Auftrag einer unabhängigen Anhörungsbehörde nicht nach.

Ganz anders als in Baden-Württemberg, wo nach neuesten Erkenntnissen mit den – und nicht gegen die – Bürger gebaut wird. Hier sind Bundesregierung und NRW-Landesregierung in der Pflicht, für gleiche Lebensverhältnisse zu sorgen.

Warum werden uns Bürgern immer Versprechungen gemacht, die nicht eingehalten werden?

Der Bahnvorstandsvorsitzende Grube verspricht öffentlich an unserer Trasse „höchste Internationale Sicherheitsstandards“ \*\*, die Bundestagsabgeordneten Weiss und Dr. Krüger versichern, 40 Millionen Euro für Sicherheit zwischen Emmerich und Oberhausen wären in Berlin vorhanden\*\*\*. Warum werden dann bis heute die Forderungen unserer Feuerwehren hartnäckig abgelehnt?

Warum wird in Baden-Württemberg bei gleicher gesetzlicher Grundlage (!) wesentlich besserer Lärmschutz gebaut als bei uns in Nordrhein-Westfalen?

Dadurch schwindet bei den Menschen das Vertrauen in demokratische und rechtsstaatliche Prozesse. Politikverdrossenheit, Ermüdung und Resignation machen sich bei Bürgerinnen und Bürgern breit, quer durch alle Schichten. Dieser Glaubwürdigkeitsverlust schadet allen in unserem Gemeinwesen und in unserer Demokratie.

Deshalb fordern wir die Verantwortlichen, insbesondere beim Eisenbahnbundesamt, der Bundesregierung und dem Bundestag und dem Bundesverkehrsministerium, noch einmal eindringlich auf:

1. Lärmschutz zu bauen, wie ihn die Bürger in Baden-Württemberg bekommen – wir sind in Nordrhein-Westfalen an der Betuwe keine Bürger zweiter Klasse!
2. die geplante Verweigerung von aktivem Lärmschutz wegen nicht nachprüfbarer „Unwirtschaftlichkeit“ zu verhindern. Es darf nicht sein, dass für über 7.000 Gebäude (darunter viele Mehrfamilienhäuser) passiver Lärmschutz (z.B. Schallschutzfenster) nur ein einziges Mal bezahlt wird, aber viele Jahrzehnte halten soll,
3. die ungerechte Belastung der kleinen Kommunen mit den Kosten für die Sicherheit am Gleis zu verhindern – jetzt und in Zukunft. Sicherheitstechnik zu bauen, wie sie die Feuerwehren fordern. Investitionen *und* laufende Kosten müssen nach dem Verursacherprinzip die Gleisbenutzer zahlen, sie dürfen nicht auf die Anwohner-Kommunen und ihre Bürger abgewälzt werden,
4. die Zerschneidung der Lebensadern entlang der Gleise zu verhindern, statt Schließung von Bahnübergängen gegen den Willen der Anwohner die Durchlässigkeit in dicht besiedelten Gebieten aufrecht zu erhalten (z.B. Voerde Schwanenstraße und viele andere),
5. Bahnhöfe und Haltepunkte zu bauen, die guten Nahverkehr gewährleisten und sich städtebaulich integrieren und Angsträume verhindern,
6. Landschaftsverträgliche Lärmschutzbauten und Gleisführung (z.B. keine monotonen Endlos-Mauern und Erhalt des Eltenbergs) zu bauen.

Wir gehen davon aus, dass der Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen, Daniel Schranz, auch beim Festakt am 20. Januar 2017 diese Positionen aktiv vertreten wird.

Es geht nicht nur um wenige Pechvögel, die zufällig am Gleis wohnen, denn die Baumaßnahme wirkt tief in unsere Ballungsräume. Was jetzt gebaut wird, wird über Jahrzehnte intensiv genutzt und die Lebensumgebung von Generationen beeinflussen. Konstruktive Lösungsvorschläge, zum Beispiel zur langfristigen Finanzierung, haben wir schon 2013 im Niederrheinischen Appell an die Bundesregierung und den Bundestag vorgelegt.

Die Akzeptanz bei den Menschen für die Verkehrswende hin zur Schiene wird nur gelingen, wenn am Gleis gesunde und sichere Lebensverhältnisse geschaffen werden. Nur dann ist die Schiene ein wirklich umwelt- und menschenfreundliches Transportmittel.

Wir wollen keine leeren Versprechungen mehr, keine Worthülsen. Die Pläne müssen substantiell und nachhaltig für Generationen nachgebessert werden.

#### Quellen:

\* Verkehrs-Minister Groschek mit Duisport-Vorstand Staake am 6. Dezember 2014 in der NRZ

\*\* Vorstandsvorsitzender Grube auf „Betuwe-Gipfel“ am 26. Juli 2013, Berichte in RP und WAZ

\*\*\* Veranstaltung Niederrheinhalle Wesel am 27. April 2015 vor 600 Gästen – NRZ-Bürgerforum

---

Die Bürgerinitiativen protestieren gegen einen rücksichtslosen Gleis-Ausbau ohne ausreichende Sicherheitstechnik und ohne zeitgemäßen Lärmschutz. Allein in unserer kleinen Region werden Hunderttausende Anwohner und deren Nachkommen permanent gefährdet und in den nächsten 100 Jahren gesundheitlich belastet, weil Schienentransport sonst „unwirtschaftlich“ wird. Die Kosten für Gleis-Sicherheit müssen die Bürger über Ihre Gemeinde-Steuern zahlen. Abnehmende Lebensqualität schädigt dauerhaft unsere Gemeinwesen. Geschlossene Übergänge zerschneiden Städte. Es geht nicht nur um wenige Pechvögel, die zufällig am Gleis wohnen, denn der Lärmteppich entlang der Gleise reicht rechts und links jeweils einen Kilometer, tödliche Gaswolken nach Gefahrgutunfällen breiten sich rechts und links der Gleise jeweils bis zu acht Kilometer aus.